

Diskussionspapier¹ der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ zum völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Nordsyrien

Der türkische Angriff auf die kurdische YPG-Miliz im Distrikt Afrin des nordsyrischen Gouvernements Aleppo im Januar 2018 lenkt wie in einem Brennspiegel die Aufmerksamkeit auf einige grundlegende Zusammenhänge und auf ein Dilemma des mittlerweile siebenjährigen syrischen Bürgerkriegs bzw. internationalen Stellvertreterkriegs. Viele Staaten sind in diesen Krieg involviert, mit jeweils eigenen Interessen, von den Nachbarländern Syriens bis hin zu Russland, den USA und auch Deutschland. Die syrische Bevölkerung trägt das Leid – und das Völkerrecht wird im Laufe des Krieges weiter ausgehöhlt.

Afrin wird von den Kurd*innen als einer von drei Kantonen ihrer 2016 ausgerufenen „Autonomen Region Rojava“ beansprucht, die beiden anderen Kantone sind Kobane und Cizire. Ursächlich für die Sezession waren der Kontrollverlust der syrischen Regierung über den Norden Syriens 2013/14 und die Nachbarschaft zur Autonomen Region Kurdistan im Norden des Iraks. Politische Hauptvertreter*innen in der entstandenen Föderation sind die Partei der demokratischen Union PYD und die Christlich-Syrische Einheitspartei. Die Volksverteidigungseinheiten YPG sind der bewaffnete Arm der PYD.

Das politische System Rojavas ist durch ein Rätssystem gekennzeichnet. In menschenrechtlicher Hinsicht bemerkenswert ist der Gesellschaftsvertrag von Rojava, der die Föderation u. a. auf die Gleichberechtigung von Frauen, die Religionsfreiheit und das Verbot der Todesstrafe verpflichtet.

Aus allen diesen Gründen genießt Rojava bei den Linksparteien vieler Länder und bei autonomen Gruppen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen erhebliche Sympathie. Kobane war in der Zeit des Angriffs des sogenannten Islamischen Staats (IS) auf die Stadt 2014 das Symbol, hinter dem sich die internationale Solidarität analog zu vergleichbaren Situationen im spanischen Bürgerkrieg versammeln konnte. Aus Sicht der Friedensbewegung ist das hierbei aufscheinende, an historische antifaschistische Positionen angelehnte Pathos des bewaffneten Kampfes einer lange unterdrückten und jetzt angegriffenen Bevölkerung zwar zu verstehen. Als militärischer, also gewaltsamer und hierarchisch strukturierter Kampf kann er jedoch kaum zu einem nachhaltigen Frieden führen, sondern nur zur Verstärkung der Gewalt in der Region. Zudem gibt es Hinweise, dass die Führung der YPG entgegen ihrem bisherigen Bekenntnis zur territorialen Einheit Syriens die Unabhängigkeit, der von ihr kontrollierten Gebiete anstrebt. Mit der Aufrüstung der kurdischen Kampfverbände durch die USA ist Rojava zudem Partei im Stellvertreterkrieg um Syrien geworden.

¹ Dieses Papier ist ein Diskussionspapier, das im Januar/Februar 2018 innerhalb des Kampagnenrates erarbeitet wurde. Es ist *kein* offizielles Positionspapier der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“, soll aber zur kontroversen Diskussion des Themas sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kampagne beitragen.

Das Problem Rojava stand schon 2015 im Hintergrund der plötzlichen Aufkündigung des seinerzeit bereits einige Jahre andauernden türkischen Einigungsprozesses mit den Kurd*innen durch den türkischen Präsidenten Erdogan. Anlass waren die Sitzgewinne der prokurdischen HDP bei den Parlamentswahlen und der Terroranschlag von Diyarbakir Mitte Juni 2015. Der nun erfolgte Einmarsch der Türkei in die kurdischen Gebiete in Nordsyrien ist völkerrechtswidrig. Selbst wenn man sich die Prämisse der Türkei zu eigen machen würde, dass es sich bei der YPG um eine terroristische Organisation handelt, verstößt ein Angriff auf einen souveränen Staat, in diesem Fall Syrien, gegen das völkerrechtliche Prinzip der territorialen Unversehrtheit.

Bei der Konferenz von Sotschi im Januar 2018 zur Zukunft Syriens zeigte sich exemplarisch, wie die Frage einer autonomen kurdischen Föderation in Nordsyrien in die diplomatischen Mühlen der Weltpolitik und der Stellvertreterkriege geriet. Die Konferenz von Sotschi war selbst Zankapfel. Es wurde unterstellt, dass sie aus wahltaktischen Gründen kurz vor der russischen Präsidentenwahl stattfand, um den Beginn einer Lösung des syrischen Konflikts im Sinne der russischen Position präsentieren zu können. Ein Großteil der syrischen bewaffneten Opposition nahm ein weiteres Mal nicht teil. Die westliche Allianz sah die Konferenz skeptisch. Immerhin hatten sich die einberufenden Länder Russland, Iran und Türkei der Mitwirkung der Vereinten Nationen in Person des UNO-Sonderversmittlers im Syrienkrieg Staffan de Mistura versichern können. Zum Ende der Konferenz verkündete de Mistura, die Delegierten hätten sich grundsätzlich auf die Einrichtung eines Ausschusses zur Ausarbeitung einer Nachkriegsverfassung geeinigt. Die UNO werde sich um die Zusammensetzung des Ausschusses kümmern. In der Abschlusserklärung des Kongresses stand nichts zur Zukunft von Präsident Assad.

Auch wenn die Einberufung von Konferenzen wie in Sotschi, Astana oder Wien oft wenig erfolgversprechend wirkt und auch die jeweiligen Resultate häufig hinter den Hoffnungen der Weltöffentlichkeit zurückbleiben, so sind diese Konferenzen doch ein wichtiger Schlüssel, einer Verhandlungslösung Schritt für Schritt näher zu kommen. Die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ ist davon überzeugt, dass nachhaltiger Friede in Syrien und der Region nur gewaltfrei erreicht werden kann: durch Deeskalation, Verhandlungen und Zivile Konfliktbearbeitung. Als Teil der deutschen Friedensbewegung setzt sich die Kampagne insbesondere dafür ein, dass sich deutsche Politik in Syrien im Sinne einer Friedenslogik verhält. Deshalb fordert die Kampagne von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages:

- das Bundeswehrmandat für Syrien nicht zu verlängern
- sich stattdessen für eine Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung einzusetzen, in den die syrische Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen ist
- sowie die deutsche humanitäre Hilfe aufzustocken und gleichzeitig die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen und einzusetzen.

Die Kampagne fordert darüber hinaus, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – und im Speziellen die deutsche Syrienpolitik – einer umfassenden friedenslogischen Neuausrichtung zu unterziehen.

Mögliche Schritte einer friedenslogischen deutschen Syrienpolitik vor dem Hintergrund der oben dargestellten Problematik des türkischen Einmarsches in Afrin könnten sein:

- eine deutliche Verurteilung des völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsches in Nordsyrien
- die Erhöhung des politischen Drucks auf die Türkei, um diese zu einem militärischen Rückzug aus der Region zu bewegen
- die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei
- damit einhergehend der Abzug der unter dem Anti-IS-Mandat („Syrienmandat“) agierenden deutschen Bundeswehrsoldat*innen aus dem türkischen NATO-Stützpunkt Konya
- der sofortige Stopp aller Rüstungsexporte an die Türkei und in die Region
- die Unterstützung gewaltfreier Kräfte in Syrien und der Türkei sowie in den kurdischen Gebieten
- die Unterstützung sämtlicher Bemühungen, die Konflikte in der Region inkl. des Konflikts zwischen der Türkei und den Kurd*innen auf dem Verhandlungswege zu lösen
- die Forderung, beim Nachdenken über mögliche territoriale Neuordnungen bzw. föderale Lösungen alle betroffenen Gruppen zu Wort kommen zu lassen, damit ihre Interessen und Bedürfnisse Gehör finden
- die Erhöhung der humanitären Hilfe für die Region sowie die Forderung nach Fluchtmöglichkeiten für die Menschen aus den Gefahrengebieten in Nordsyrien
- die unbürokratische Aufnahme von Flüchtenden und Deserteur*innen aus der Region in Deutschland und anderen europäischen Staaten
- sowie in Deutschland die Schaffung von Räumen des Austausches und des friedlichen Dialogs für hier lebende Menschen aus der Region, um auch hier zur Deeskalation zwischen den betroffenen Volksgruppen und Religionen beizutragen.

Die Kampagne „MACHT FRIEDEN.“ wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass deutsche Politik einen echten Beitrag zum Frieden in Syrien und der Region leistet. Sie ruft alle Organisationen, Gruppen und Aktiven der Friedensbewegung dazu auf, sich mit Diskussionsbeiträgen, Solidaritätsarbeit, Protestaktionen oder politischer Lobbyarbeit daran zu beteiligen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Kampagne unter www.macht-frieden.de.

Kontakt: info@macht-frieden.de